

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Geodaten und Verkehr
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in	Burkhard Eick
	Telefon (0202)	563 6735
	Fax (0202)	563 4725
	E-Mail	Burkhard.Eick@stadt.wuppertal.de
	Datum:	05.08.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/0976/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.09.2005	Ausschuss für Verkehr	Entscheidung
Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit - Geschwindigkeitsüberwachung in der Ronsdorfer Straße und der Neviandtstraße		

Grund der Vorlage

1. Prüfauftrag aus der Sitzung des Ausschusses für Verkehr vom 09.02.2005
2. Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.05 - Drucks. Nr. VO/0456/05
3. Empfehlungen der Wuppertaler Unfallkommission vom 20.04.2005

Beschlussvorschlag

Die stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen

1. Ronsdorfer Straße
2. Neviandtstraße

werden wieder in Betrieb genommen

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Uebrick

Begründung

Nach den Medienberichten Ende Januar 2005 über die Unfallentwicklung nach Abbau der

stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen im Wuppertaler Stadtgebiet hat sich der Ausschuss für Verkehr in der Sitzung am 09.02.2005 mit den Standorten L 74, Heckinghauser Straße, Höhne und Ronsdorfer Straße beschäftigt. Ergebnis dieser Beratung war der Beschluss zur Wiederinbetriebnahme der Anlagen auf der L 74, zur Heckinghauser Straße und Höhne nahm der Ausschuss zur Kenntnis, dass hier kein Handlungsbedarf besteht und zur Ronsdorfer Straße wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob durch geeignete (Bau-) Maßnahmen Möglichkeiten für die Aufstellung mobiler Messgeräte geschaffen werden können.

Im Zusammenhang hiermit steht der Antrag der FDP-Fraktion vom 06.04.2005 auf Einrichtung mobiler Geschwindigkeitsüberwachungen im Bereich der Einmündung Ronsdorfer Straße/Alte Ronsdorfer Straße (Am Walde) sowie Veränderungen der Verkehrsführung einschließlich Installierung einer Ampelanlage an der Einmündung Ronsdorfer Straße/Alte Ronsdorfer Straße (Maréesstraße).

In der turnusmäßigen Sitzung am 20.04.05 hat die Wuppertaler Unfallkommission die Vergleichsuntersuchungen zur Unfallentwicklung nach Abbau der stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen analysiert.

Kein Handlungsbedarf besteht in den Bereichen Bahnhofstraße, Beyenburger Straße, Carnaper Straße, Dahler Straße, Günental/L 411, Hahnerberger Straße, Hauptstraße, Kleeblatt, Neunteich, Oberheidter Straße, Porta Westfalica/L 414, Sonnborner Ufer, und Uellendahler Straße, da hier überhöhte Geschwindigkeit als Unfallursache keine Rolle spielt bzw. anstehende Baumaßnahmen zu einer völlig veränderten Verkehrssituation führen werden.

Anders stellt sich die Situation in der Ronsdorfer Straße dar:

Die Unfallauswertung für den Zeitraum vom 01.01.02 bis 31.12.04, die weitere Unfälle aus dem Jahr 2005 unberücksichtigt lässt, weist eine Unfallhäufungsstelle im Sinne des für die Arbeit der Unfallkommission und der Straßenverkehrsbehörde verbindlichen Runderlasses „Auswertung von Straßenverkehrsunfällen“ nach (konkret: 3 Unfälle gleichen Grundtyps - hier Fahrunfälle - mit Verletzten und der Unfallursache nicht angepasste Geschwindigkeit). Hiernach liegt die Wiederaufnahme der Geschwindigkeitsüberwachung zur Vermeidung weiterer Unfälle nahe.

Auf der Ronsdorfer Straße besteht auf Grund des Straßenverlaufs lediglich an fünf Stellen die Möglichkeit, Standorte für mobile Geschwindigkeitskontrollen zu schaffen. Die Kosten für die Aufbereitung der Standorte liegen bei ca. 88.000 € (3 x 20.000 €, 2 x 14.000 €). Die Kosten entstehen für die Aufnahme der Bordsteine, den Bodenaushub, das Setzen neuer Bordsteine einschl. Fundament, den Asphaltbeton einschl. Unterbau, die Flussbahnen, die Demontage der Leitplanken, das Setzen von Leitplanken, das Beseitigen von Aufwuchs und das Setzen von Stützmauern.

Eine mobile Überwachung hätte neben den höheren Kosten im Vergleich zur stationären Messung noch den weiteren Nachteil, dass der abgestellte Radarwagen von jedem Verkehrsteilnehmer sofort als solcher erkannt wird. Der Überwachungsdruck entsteht demnach nur für die Zeit, in der die Kontrolle tatsächlich stattfindet. Dem gegenüber ist bei der stationären Geschwindigkeitsmessanlage nicht ersichtlich, ob sie mit einer Kamera bestückt wurde. Von daher wird der Überwachungsdruck permanent ausgeübt.

Im Hinblick auf den Investitionsaufwand verbunden mit dem Überwachungserfolg im Sinne einer geschwindigkeitsdämpfenden Wirkung sollte aus Sicht der Verwaltung der stationären Geschwindigkeitsüberwachung der Vorzug gegeben werden. Die Unfallkommission teilt in der Sitzung am 20.04.05 diese Einschätzung und hält sogar die Einrichtung einer zweiten stationären Geschwindigkeitsmessanlage - Standort: Einmündungsbereich Alte Ronsdorfer

Straße (Am Walde) - für wünschenswert, da sich hierdurch der Wirkungsbereich - jeweils ca. 300 m vor und hinter den stationären Messstellen - erheblich ausdehnen lässt.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, wie sie die FDP-Fraktion in der Drucks. Nr. VO/0456/05 beantragt, kann die Verwaltung nicht vorschlagen.

Es besteht eine schriftliche Vereinbarung mit der Barmenia Versicherungen, dass während der Bauzeit des neuen Parkhauses Ersatzparkplätze in der Alten Ronsdorfer Straße zur Verfügung stehen. Die Barmenia hat die Einrichtung der Parkstreifen auf der Alten Ronsdorfer Straße zwischen Maréestraße und Am Walde/ Lichtscheider Straße finanziert. Für diese Maßnahme war die Einrichtung einer Einbahnstraße erforderlich. Mit Anwohnern und Verwaltung wurde übereinstimmend die Richtung bergwärts zwischen Maréestraße und Am Walde/ Lichtscheider Straße festgelegt. Erst mit Fertigstellung des Barmenia Parkhauses in 2007 kann über Verkehrsänderungen nachgedacht werden.

Würde die Verkehrsführung- wie im FDP-Antrag vom 06.04.2005 VO/0456/05 unter Punkt 2 beantragt- eingerichtet, wird bei Aufrechterhaltung aller Verkehrsbeziehungen eine Lichtzeichenanlage an der Einmündung Maréestraße erforderlich. Die Kosten hierfür liegen bei ca. 240.000 € und müssten als neue Maßnahme im Haushalt angemeldet werden. Eine mittelfristige Realisierung wird von der Fachverwaltung nicht gesehen.

Die Unfallentwicklung im Bereich der ehemaligen stationären Messstelle in der Nevianttstraße ist dadurch gekennzeichnet, dass die Zahl der Verletzten und die Schadenshöhen nach Abbau der Anlage stark angestiegen sind. Diese schwerwiegenden Unfallfolgen lassen den Rückschluss zu, dass hier für den innerstädtischen Bereich gefährlich hohe Geschwindigkeiten eine Rolle spielen.

Wenngleich in der Neviandtstraße regelmäßig mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, hält die Unfallkommission die Wiederinbetriebnahme der stationären Überwachungsanlage für geeignet, für eine Reduzierung der Unfallzahlen und Minderung der Unfallfolgen zu sorgen.

Zwar werden in der Neviandtstraße die im oben genannten Erlass definierten Kriterien einer Unfallhäufungsstelle nicht erreicht, jedoch empfiehlt die Verwaltung auch unterhalb dieser Schwelle dem Votum der Unfallkommission zu folgen.

Kosten und Finanzierung

Wiederinbetriebnahme stationärer Messstellen

- Ronsdorfer Straße: 23.000 €

- Neviandtstraße: 11.000 €

Neueinrichtung einer stationären Messstelle im Einmündungsbereich Ronsdorfer Straße/Alte Ronsdorfer Straße (Am Walde): 25.000 € zzgl. Strom

Die Haushaltsmittel stehen im Vermögenshaushalt 2005 beim Unterabschnitt 1100 "Ordnungsaufgaben" zur Verfügung.

Zeitplan

Die Wiederinbetriebnahme der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen wird unmittelbar nach Beschlussfassung vorbereitet.

Anlagen

Anlage 01 - Unfalldiagramm Ronsdorfer Straße

Anlage 02 - Unfalldiagramm Neviandtstraße